

Wahlprüfsteine 2021 - Zum Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat (BZI)

Der Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat (BZI) und seine Mitgliedsorganisationen (Landesorganisationen- und Netzwerke von kommunalen Integrations-/Migrations- und Ausländerbeiräte) setzen sich für die politische, rechtliche und gesellschaftliche Gleichstellung von hier lebenden Menschen mit Einwanderungsgeschichte ein, unabhängig davon, ob sie die deutsche Staatsangehörigkeit haben oder nicht. Der BZI arbeitet parteineutral, religionen- und ethnienübergreifend.

Vorwort

Unsere Gesellschaft ist im Umbruch. Die oft heraufbeschworene monokulturelle Mehrheitsgesellschaft gibt es nicht mehr – falls es sie denn überhaupt je gab. Wir leben längst in einer pluralistischen Gesellschaft. Dieser Entwicklung wird politisch nur ungenügend Rechnung getragen. Nur unzureichend wird auf das Thema „Integration“ geschaut. Dabei ist eine gelungene Integration unabdingbar für ein funktionierendes Miteinander. Sie schafft den Grund, auf dem sich die politischen, sozialen und gesellschaftlichen Kräfte entfalten können. Es geht schon lange nicht mehr um die Frage: Wie integriert man eine kleine Gruppe von Neuankommenden in ein bestehendes System? Das wesentliche Thema ist: Wie gestalten wir unser Zusammenleben?

Heterogenität ist kraftvoll, dynamisch, sie birgt Potenzial für „Erneuerung“ und „geistige Auffrischung“. Aber sie birgt auch Herausforderungen, deshalb muss sie gelenkt und gesteuert werden. Wir brauchen Konzepte und Geld für zielorientierte Unterstützung auf dem Arbeitsmarkt, für den Wohnungsbau, für den sozialen Zusammenhalt und vor allem für Bildung. Letzteres ist nicht nur eine, sondern die Investition in unsere Zukunft.

Einbürgerung

1. BZI Forderung: Wir fordern die erleichterte und bedingungslose Einbürgerung für hier geborene Kinder (Geburtsortprinzip ohne Optionsregelung).

Ihre Position: Volt unterstützt die zeitgemäße Anerkennung der Staatsbürgerschaft. Die Einbürgerung soll erleichtert werden, um das gemeinsame Leben in der Gesellschaft zu fördern. Alle Kinder, die in einem EU-Staat geboren werden und deren Eltern in der EU leben, sollen die entsprechende Staatsangehörigkeit erhalten. (Grundsatzprogramm S. 62)

2. BZI Forderung: Wir fordern vereinfachtes Verfahren und verkürzte Fristen bei der Einbürgerung.

Ihre Position: An vielen Stellen ist unsere Bürokratie zu kompliziert und Verfahren dauern oft lange. Wir setzen uns dafür ein, dass Einbürgerung vereinfacht und erleichtert wird.

3. BZI Forderung: Wir fordern die Abschaffung von Sozialhilfe oder Hartz-IV-Bezug als ein Ausschlusskriterium beim Erwerb der Staatsangehörigkeit.

Ihre Position: Alle sollen die gleichen Chancen auf eine Einbürgerung in Deutschland erhalten. Niemandem soll aufgrund von Arbeitslosigkeit und dem Bezug von Sozialhilfe und Hartz-VI die Möglichkeit zur Einbürgerung verwehrt werden.

4. BZI Forderung: Wir fordern die generelle Einbürgerung unter Hinnahme von Mehrstaatigkeit als Regelfall.

Ihre Position: Volt sieht Deutschland und Europa als plurale Gesellschaften an, in denen Migration stellt eine Normalität darstellt und unsere auch in Zukunft prägen wird. Deutschland hat Einwanderung immer wieder aus unterschiedlichen Gründen erlebt, seien es Gastarbeitende oder Asylsuchende. Die Rolle, die Einwanderung in unserer Gesellschaft spielt, wird leider auch heute noch verleugnet. Dies führt zu einer restriktiven Einwanderungspolitik. Wir gehen daher von Mehrstaatigkeit als Normalität aus. Volt befürwortet eine Mehrstaatigkeit für alle Einwander*innen, insbesondere in der ersten Generation, um die teils starken Bindungen zu den verschiedenen Herkunftsländern nicht zu beenden.

Partizipation und Demokratieförderung

In der modernen Demokratietheorie besteht Übereinstimmung darin, dass die Institutionalisierung allgemeiner und gleicher Partizipationsrechte sowie ihre Nutzung durch die Bevölkerung zu den unverzichtbaren Merkmalen der Demokratie gehören.

1. BZI Forderung: Wir fordern eine Änderung des Grundgesetzes, um den Ländern den nötigen Handlungsraum für die Festlegung/Einführung des „Kommunalen Wahlrechts für alle“ zu schaffen. Alle hier seit mehr als fünf Jahren lebenden Menschen sollen sowohl passives wie auch aktives Wahlrecht auf der kommunalen Ebene erhalten; EU-Bürger*innen auf der Landesebene.

Ihre Position: Volt will ein Europa schaffen, welches die Rechte seiner Bürger*innen in der gesamten Union anerkennt und sicherstellt. Die Bürger*innen müssen die Möglichkeit haben, vollständig am demokratischen Prozess teilnehmen zu können. Dies schließt das Wahlrecht, sowie das Recht auf Kandidatur am jeweiligen Wohnort ein – sei es bei Lokal-, Regional-, National-, oder Europawahlen (Grundsatzprogramm S. 24). Wir setzen uns dafür ein, dass EU-Bürger*innen mit Hauptwohnsitz in Deutschland bei allen Landtags- und Bundestagswahlen aktiv wählen können und passiv wählbar sind. Dabei muss der Hauptwohnsitz in Deutschland seit drei Jahren gegeben sein (WP S. 48). Volt befürwortet die Teilhabemöglichkeiten von allen Menschen in Deutschland an der demokratischen Willensbildung, insbesondere durch Wahlen. Denn Wahlen sind integraler Bestandteil einer jeden Demokratie und demokratischer Teilhabe. Wir wollen, dass Menschen, die bereits länger in Deutschland wohnen, nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen werden, sondern dieses wahrnehmen können.

2. BZI Forderung: Wir fordern ein Ministerium für Partizipation und gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie die Einrichtung des Bundestags- und Bundesratsausschusses mit dem gleichen Zuschnitt des oben genannten Ressorts.

Ihre Position: Zu dieser konkreten Forderung haben wir noch keine abgestimmte Position entwickelt. Für uns ist es jedoch von zentraler Wichtigkeit, dass alle Menschen, die Teil unserer Gesellschaft sind, diese mitgestalten und von politischen Entscheidungen betroffen sind, auch die Möglichkeit haben, demokratische Teilhabe auszuüben – nicht zuletzt über Wahlen. Wir wollen daher die Beteiligung von Bürger*innen an politischen Prozessen und Entscheidungen durch vielfältige Maßnahmen stärken. Wir wollen eine stärkere Vernetzung unter Jugendlichen fördern, um gemeinsame politische Forderungen in Petitionen auszudrücken. Wir wollen ein Online-Beteiligungsportal schaffen, an dem möglichst viele Bürger*innen aktiv am Gesetzgebungsprozess mitwirken können. Die Vernetzung der politischen Teilhabe und die europäische Öffentlichkeit möchte Volt durch Bürger*innenräte sowie Bürger*innenversammlungen auf deutscher und europäischer Ebene fördern. Wir setzen uns dafür ein, dass in allen Kommunen Bürger*innenbudgets eingeführt werden und diese von Bürger*innen aktiv mitgestaltet werden können. Der Idee ein Ministerium für Partizipation und gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie einen Bundestags- und Bundesratsausschusses einzusetzen stehen wir offen gegenüber.

3. BZI Forderung: Wir fordern die Einrichtung eines Bundespartizipationsrats, das analog zum Deutschen Ethikrat, verankert auf rechtlicher Grundlage, mit Empfehlungen an der Erarbeitung von Gesetzestexten zum Partizipationsgesetz mitwirkt und Diskussionen initiiert und öffentlich begleitet.

Ihre Position: Auch zu dieser konkreten Forderung haben wir noch keine abgestimmte Position entwickelt. Wir stehen aber auch hier der Idee einen Bundespartizipationsrat einzurichten, der die Möglichkeiten für die Partizipation von Bürger*innen erweitert offen gegenüber.

4. BZI Forderung: Wir fordern die Berufung einer Enquete Kommission im Bundestag mit dem Ziel, die politische und gesellschaftliche Wahrnehmung von rassistischen Ideologien zu schärfen und konkrete Maßnahmen gegen institutionellen Rassismus zu erarbeiten.

Ihre Position: In unserem Grundgesetz wurden die Würde des Menschen, das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit sowie die Gleichheit aller Menschen festgeschrieben. Dennoch sehen sich viele Menschen alltäglich Diskriminierung und Hass ausgesetzt. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die Grundrechte, gerechte Chancen und gleiche Teilhabemöglichkeiten für alle Menschen uneingeschränkt gewährleistet werden – das sind für uns die Säulen einer demokratischen, vielfältigen Gesellschaft. Rassismus und Fremdenfeindlichkeit durchziehen all unsere gesellschaftlichen Strukturen und nehmen dabei unterschiedliche Formen an, wie bspw. anti-schwarzen und antimuslimischen Rassismus oder Antiziganismus. Gerade der anti-asiatische Rassismus hat sich im Zuge der COVID-19-Pandemie verstärkt. Das zeigt, wie schnell gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit um sich greifen kann und weshalb es wichtig ist, sich jederzeit gegen Rassismus stark zu machen. Wir unterstützen daher unterschiedlichste Maßnahmen zur Bekämpfung von institutionellem Rassismus und begrüßen die Idee einer Berufung einer Enquete Kommission im Bundestag.

5. BZI-Forderung: Wir fordern, dass Aktivitäten zur Rassismusbekämpfung (Antirassismuarbeit) und Demokratieförderung von zivilgesellschaftlichen Organisationen als gemeinnützige Zwecke in die Abgabenordnung aufgenommen werden.

Ihre Position: Volt unterstützt vielfältige Maßnahmen zur Bekämpfung von Rassismus sowie weiterer Diskriminierungsformen. Da wir Aktivitäten zur Rassismusbekämpfung (Antirassismuarbeit) und Demokratieförderung von zivilgesellschaftlichen Organisationen als essenzielle Bestandteile einer pluralen und gleichberechtigten Gesellschaft ansehen, unterstützen wir die Aufnahme dieser Aktivitäten als gemeinnützige Zwecke in die Abgabenordnung.

6. BZI Forderung: Wir fordern die Entwicklung nachhaltiger Konzepte, die ein vielfältiges Demokratieverständnis stärken, gegen demokratiefeindliche Haltungen sensibilisieren und zur Überwindung rassistischer Denk- und Handlungsstrukturen beitragen.

Ihre Position: Wir wollen die politische Bildung stärken und für Akteur*innen und Träger*innen der politischen Bildung verlässliche Rahmenbedingungen durch langfristig ausgelegte Förderprogramme und -strukturen schaffen. Politische Bildung nimmt die aktuellen gesellschaftlichen und sozialen Herausforderungen in den Blick und befähigt Bürger*innen zu einer kritischen Beurteilung dieser sowie der Handlungsmöglichkeiten. Damit ist sie ein zentraler Baustein für eine Demokratie, die durch ihre Bürger*innen aktiv gestaltet wird. Dazu braucht es langfristige und nachhaltige Konzepte und Förderung, da politische Bildung keine einmalige Sache ist, sondern ein beständige Aufgabe in einer lebendigen Demokratie.

Kommunale Integrationsbeiräte und ihre Landesorganisationen

Kommunale Integrationsbeiräte, ihre Landesverbände und die bundesweite Dachorganisation BZI sind die politische Schule für (Neu-)Einwander*innen. Viele (ehemalige) Funktionäre sind Mandatsträger*innen im Bundestag, in den Landtagen oder in Gemeinderäten bzw. Stadtparlamenten oder sie bekleiden wichtige Ämter in der Verwaltung. Sie sind für eine vielfältigere politische Landschaft unverzichtbar.

1. BZI Forderung: Wir fordern institutionelle und nachhaltige Förderung (darunter finanzielle Absicherung der Geschäftsstellen und die der hauptamtlichen Arbeitskräfte), Angebote zur Professionalisierung und in diesem Sinne nachhaltige politische Unterstützung für alle kommunalen Integrationsbeiräte und ihre Landesverbände.

Ihre Position: Bisher haben wir noch keine abgestimmten Positionen zu dem Thema kommunale Integrationsbeiräte. Allerdings halten wir eine gesicherte Finanzierung sowie eine Professionalisierung in allen Arbeitsfeldern, die Integration und Inklusion fördern und eingewanderte Menschen unterstützen, für sehr wichtig. Nur so können wir eine gleichberechtigte Gesellschaft fördern, die gerechte Chancen für alle bietet und Diskriminierung abbaut.

2. BZI Forderung: Wir fordern bessere Maßnahmen und nachhaltige Finanzierung zur Einführung und Begleitung von Menschen mit Migrationshintergrund in das Ehrenamt bzw. die Freiwilligenarbeit, um die Teilhabe der Migrant*innen am gesellschaftlichen und politischen Leben zu ermöglichen und zu fördern.

Ihre Position: Ehrenämter und Freiwilligenarbeit tragen zur Stärkung der Gesellschaft, zur persönlichen Entwicklung und zum sozialen Zusammenhalt bei und sind vor allem eine wichtige Säule in sozialen Arbeitsfeldern. Gerade für Migrant*innen können Ehrenamt und Freiwilligenarbeit eine gute Möglichkeit sein, um am gesellschaftlichen und politischen Leben teilzuhaben. Wir unterstützen daher Maßnahmen, um das Ehrenamt und die Freiwilligenarbeit zu stärken, anzuerkennen und insbesondere für Migrant*innen Hürden zur Aufnahme eines Ehrenamts zu senken.

Bildung

Die Schließung von Schulen im Zuge der Corona-Pandemie und der kontaktlose Unterricht werden die Bildungslücke zwischen Kindern mit und ohne Migrationshintergrund weiter vergrößern, wenn nicht mit entsprechenden Maßnahmen gegengesteuert wird. Es mehren sich Hinweise darauf, dass Lehrer*innen in der Corona-Pandemie den Kontakt besonders zu Schüler*innen mit Migrationshintergrund verloren haben. Für benachteiligte Kinder dürfte der soziale Aufstieg durch die Schulschließungen noch schwieriger geworden sein. In mehreren Studien wird nachgewiesen, dass mindestens 25 % der Schüler*innen - manchmal wird auch von höheren Zahlen ausgegangen - in der Pandemie verloren gehen. Diesem Trend muss entgegengewirkt werden.

1. BZI Forderung: Wir fordern zielgerichtete Investitionen in schulische und außerschulische politische Bildung im staatlichen Sicherheitsapparat, in Justiz, in Politik und Verwaltung, in den Medien und nicht zuletzt auch im Bildungssektor. Die Auseinandersetzung mit Rassismus und mit demokratiefeindlichen Positionen müssen in allen Lehr- und Ausbildungsplänen verankert werden. Das schließt alle Bildungseinrichtungen von Kitas und Schulen über Hochschulen bis hin zu den Ausbildungsstätten von Polizei-, Justiz- und Verfassungsschutzangestellten mit ein.

Ihre Position: Volt befürwortet nachdrücklich die antirassistische Bildungsarbeit im gesamten Bildungssystem. Gerade der Stärkung der frühkindlichen Bildung kommt eine zentrale Bedeutung zu. Außerdem finden sich in der politischen Bildung Anknüpfungspunkte, die wir finanziell stärken und die Einbindung von Vereinen von (jungen) Menschen mit Migrationsbiografien und Black and People of Color (BPoC) in die bestehende Trägerlandschaft und in langfristige Finanzierungsstrukturen verstärken wollen.

Auch in der Ausbildung von Lehrkräften (und sinngemäß auch für alle lehrenden Funktionen) sehen wir einen wichtigen Baustein. Daher wollen wir sicherstellen, dass in dieser Themen wie

- Umgang mit Inklusion und Vielfalt hinsichtlich des kulturellen, sozioökonomischen und weltanschaulichen Hintergrunds, der Sprachkenntnis, körperlich-motorischer Unterstützungsbedarf, der Genderidentität.
- Antidiskriminierung in den Bereichen: Rassismus, Sexismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Klassismus, Body Shaming, Queerfeindlichkeit uvm. ausreichend Beachtung finden

2. BZI Forderung: Wir fordern Konzepte und Maßnahmen zur Beseitigung der Folgen der Pandemie.

Ihre Position: Die Situation während der Pandemie stellt eine Herausforderung für alle Beteiligten der Schulgemeinschaft und eine Zäsur in der schulischen Bildung insgesamt dar. Innerhalb kürzester Zeit war das, über Jahrzehnte nur von wenigen infrage gestellte, didaktische Konzept vollkommen überholt: Der 7-G-Unterricht, bei welchem alle gleichaltrigen Schüler*innen zum gleichen Zeitpunkt bei der gleichen Lehrkraft im gleichen Raum mit den gleichen Mitteln das gleiche Ziel gleich gut erreichen sollen, war nicht länger möglich. Es mussten neue Möglichkeiten gefunden werden, neue Lernformate zu entwickeln. Dies unterstreicht die Bedeutung des von Volt geforderten System individualisierten Lernens. Die Konzepte und Maßnahmen, welche aus der Erfahrung der Pandemie folgen, müssen sich aus unserer Sicht an 3 Aspekten ausrichten:

- Schulentwicklung und neue Didaktik
- Lernstände der Schüler*innen: Der Blick nach vorne durch zusätzlich erworbene Kompetenzen.
- Beziehungs- und Erziehungsarbeit

3. BZI Forderung: Wir fordern eine Optimierung der Beschulung von Neuzugewanderten mit inklusiver Ausrichtung und wirklich ausreichendem, qualifiziertem bzw. sich fortwährend weiterbildendem Personal.

Ihre Position: Volt geht davon aus, dass alle Menschen individualisierte Lernwege haben. Daher befürworten wir ein System, dass von unterschiedlichen Lernwege und -tempi ausgeht, diese fördert und unterstützt - und damit von Grund auf inklusiv ist. Dies trifft auf Lernende und Lehrende gleichermaßen zu. Die fortwährende Weiterbildung ist (nicht nur aber gerade auch) für Lehrende besonders wichtig. Ebenso wie der Einsatz multiprofessioneller Teams in den Bildungsinstitutionen.

4. BZI Forderung: Wir fordern die Aufnahme von Jugendlichen bis 25 Jahre ohne Ausbildung in das Schulsystem auf freiwilliger Basis.

Ihre Position: Als noch relativ junge Partei haben wir hierzu noch keinen konkreten Maßnahmen erarbeitet. Generell messen wir jedoch sowohl individualisiertem als auch

lebensbegleitenden Lernen eine hohe Bedeutung zu. Wir unterstützen daher die Bildung aller mit unterschiedlichen formalen Voraussetzungen zu jedem Lebensalter. Gerne kommen wir mit ihnen ins Gespräch wie dies für die angesprochene Zielgruppe von Jugendlichen bis 25 Jahre ohne (in Deutschland formal anerkannte) Ausbildung konkret gestaltet werden kann.

5. BZI Forderung: Wir fordern Auf- und Ausbau von Erwachsenen-Schulen.

Ihre Position: Bildung ist während der gesamten Lebensspanne wichtig. Daher ist für uns Lebensbegleitendes Lernen wichtig. Neben Schule, Ausbildung und Studium eignen sich gerade Weiterbildungen oder informelle Bildungskontexte dazu, sich persönlich weiterzubilden und Wissen, Fähigkeiten und Kompetenzen in spezifischen Bereichen zu erwerben und zu vertiefen. Unser Ziel ist es, vielfältige Bildungsangebote zu schaffen, die die Menschen als aktive und demokratische Bürger*innen unterstützen.

Daher

- unterstützen wir den modularen Aufbau von Weiterbildungsangeboten und deren Zertifizierung. So können auch Vielbeschäftigte und finanziell schlechter Gestellte an einzelnen, für sie relevanten Modulen teilnehmen. Es gilt auch zu prüfen, ob BAföG für alle Lernenden altersunabhängig zugänglich gemacht werden kann.
- wollen wir öffentliche Institutionen (wie z. B. Volkshochschulen, Erwachsenen-Schulen) sowie Projekte, die informelles Lernen unterstützen, (wie z.B Repair-Cafes oder Mehr-Generationen-Häuser) sowohl personell als auch materiell besser ausstatten. Das soll dazu führen, dass ein größeres und qualitativ hochwertigeres Bildungsangebot auch für alle angeboten werden kann. Dadurch erhöhen wir die Chancen auf eine bessere Integration aller in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt.

6. BZI Forderung: Wir fordern konkrete Anreize für Ausbildungsplatzanbieter.

Ihre Position: Volt befürwortet die duale Berufsausbildung. Sie soll ein erstrebenswerter berufsqualifizierender Abschluss bleiben und in ihrer Bedeutung wachsen. Wir wollen die Kooperation zwischen potenziellen Auszubildenden, den Ausbildungsbetrieben und den staatlichen Ausbildungsstätten durch den Bund stärker fördern und optimieren. Konkrete Maßnahmen haben wir bisher jedoch noch nicht erarbeitet und freuen uns diesbezüglich auf Vorschläge erfahrener Organisationen und Akteure wie dem BZI.

7. BZI Forderung: Um mehr Bildungsgerechtigkeit zu erreichen, fordern wir konkrete Maßnahmen und Konzepte, die die Anzahl der Schulabbrecher*innen (darunter viele Schüler*innen aus Einwandererfamilien) minimieren.

Ihre Position: Ein System individualisierten Lernens bietet einerseits größere Anreize aktiv an Bildung (hier insbesondere: Schule) teilzunehmen. Diese wird als relevanter, persönlicher und neigungsorientierter empfunden. Es geht auch von individuellen Bildungsbiographien aus, und bietet somit bessere Möglichkeiten diese zu integrieren. Andererseits erfordert es auch ein höheres Maß an Eigenverantwortung. Volt sieht daher in der Befähigung von Lernenden zum

bewussten und eigenverantwortlichen Bildungsentwicklung einen zentralen Baustein. Daraus ergeben sich notwendige Maßnahmen im Hinblick auf Lehrkräfteausbildung, Lehrplan, Gestaltung des Schulalltags etc.

8. BZI Forderung: Wir fordern Programme für Wertschätzung und Unterstützung der Mehrsprachigkeit: Weltweit ist ein mindestens zweisprachiges Aufwachsen vieler Kinder die Norm und nicht die Ausnahme. Einsprachige frühe Kindheit in den vielen europäischen Ländern ist ein Ergebnis der Nationalstaatenbildung im 18. und 19. Jahrhundert. Die EU-Kommission definiert Mehrsprachigkeit („Muttersprache + mind. zwei Fremdsprachen“) als Bildungsziel der nächsten Jahrzehnte.

Ihre Position: Wir verstehen Deutschland und Europa als plurale Gesellschaften, denen Diversität Normalität ist. Dazu gehört auch mehrsprachiges Aufwachsen als Normalität. Interkulturelles Verständnis, pan-nationales Denken und pragmatische, kollaborative Lösungen die Diversität als wertvolle Ressource nutzen bestimmen die Grundsätze Volts. Wir setzen uns im gesamten Bildungsbereich - insbesondere auch in der Kinder- und Jugendbildung - für paneuropäische und interkulturelle Projekte ein. Dabei lernen junge Menschen schon früh die Möglichkeiten und Bedeutung gelingender Kommunikation kennen. Mehrsprachige Kommunikation wird somit früh erlebbar, praktisch und relevant.

EU-Bürger*innen in Deutschland

Einwander*innen aus EU-Staaten und deren Kinder stellen einen großen Teil der Menschen mit Migrationshintergrund hierzulande: Von den mehr als 21 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund, die Ende 2019 in Deutschland lebten, hatten rund 7,5 Millionen Bezüge zu einem Mitgliedstaat der Europäischen Union (Mediendienst Integration, 2021) Aus einem jährlichen Bericht der EU-Kommission zur EU-Arbeitsmobilität geht außerdem hervor, dass in Deutschland im EU-Vergleich im Jahr 2019 mit Abstand die meisten EU-Ausländer*innen im Erwerbsalter (lt. EU-Kommission 20-64 Jahren) lebten.

EU-Bürger*innen sind auf der Grundlage der Verordnung über die Freizügigkeit innerhalb der Union (EU 492/2011) in Bezug auf Beschäftigung, Entlohnung und sonstige Arbeitsbedingungen gegenüber deutschen Staatsbürger*innen gleich zu behandeln. Die deutsche Umsetzung der EU-Regelung erfolgt über das Freizügigkeitsgesetz/EU (FreizügG/EU).

1. BZI Forderung:

Aus Sicht des BZI wird jedoch das durch die Unionsbürgerschaft verbriefte Recht auf Gleichbehandlung und Diskriminierungsfreiheit in der Praxis nicht durchgehend eingelöst. Ferner werden EU-Bürger*innen hinsichtlich Unterstützungsstrukturen häufig nicht als eigenständige Zielgruppe mit vielfältigen Bedarfen wahrgenommen. Ihnen fehlen vielerorts eigene Selbstverwaltungsstrukturen, um ihre Bedarfe besser kommunizieren und politisch repräsentieren zu können.

Der BZI fordert daher eine lückenlose Umsetzung der EU- Verordnung über die Freizügigkeit innerhalb der Union (EU 492/2011) und des Freizügigkeitsgesetz/EU (FreizügG/EU) sowie die Aufbesserung der fairen Arbeitsbedingungen von mobilen EU-Beschäftigten. Hierzu bedarf es aus unserer Sicht ein intensiveres Matching zwischen Arbeitsmarktakteur*innen, Ausbau von Beratungs- und Informationsangeboten und eine bessere Reichweite in den Communities.

Ihre Position: Für uns stellt die Bewegungsfreiheit innerhalb der EU ein hohes Gut dar. Wir haben zwar zu genau dieser Forderung noch keine detaillierte Position erarbeitet jedoch wollen wir uns jedoch dafür einsetzen, dass die geforderte und in Gesetzen festgehaltene Gleichbehandlung und Diskriminierungsfreiheit auch in der Praxis tatsächlich umgesetzt wird. Wir stehen weiteren Ideen und dem Austausch über entsprechende Maßnahmen offen gegenüber.

2. BZI Forderung:

Wir fordern den Abbau von struktureller Diskriminierung von EU-Bürger*innen in Deutschland, besonders aus Mittel-, Ost- und Südeuropa. Diese spiegelt sich aktuell in Zugangsbarrieren zu staatlichen Leistungen und Angeboten wider. Besonders bei bereits existierenden Integrations- und Teilhabeangeboten für EU-Bürger*innen ist die Chancenungleichheit beim Zugang gravierend. Dieser prekäre Zustand ist zwar keine direkte Folge der Corona-Krise, wird aber durch diese besonders verschärft. Wir fordern bessere Unterstützung der hier lebenden und neuzugewanderten EU-Bürger*innen.

Ihre Position: Wir sehen in vielen Bereichen (bspw. Zugänge zu Bildung, Gesundheitssystem, staatliche Leistungen) Zugangs- und Teilhabebarrieren. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass diese auch für neuzugewanderte EU-Bürger*innen konsequent abgebaut werden und sie bessere Unterstützung erfahren.

3. BZI Forderung: Wir fordern eine schnellere und frühzeitige Bedarfsermittlung für hier lebende und neu zugewanderte EU-Bürger*innen.

Ihre Position: Voraussetzung für die angemessene Unterstützung von hier lebenden und neu zugewanderten EU-Bürger*innen ist es ihre Bedürfnisse zu kennen. Eine schnellere und frühzeitige Bedarfsermittlung erscheint daher nur sinnvoll.

Hilfs- und Unterstützungsangebote für den Flüchtlings- und Migrationsbereich

1. BZI Forderung: Wir fordern den Aufbau von zeitnahen Hilfsangeboten für Neuzugewanderte in Kooperation mit gemeinnützigen Trägern.

Ihre Position: Migration stellt eine Normalität in unserer Gesellschaft dar und Neuzugewanderte sollten eine gute Unterstützung erfahren, um sich hier einleben zu können und am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Dafür sind Hilfs- und Beratungsangebote unersetzlich und sollten stärker gefördert und aufgebaut werden.

2. BZI Forderung: Wir fordern, dass bewährte Drittmittelprojekte verschiedener gemeinnütziger Träger nach Ablauf der Projektförderung abgesichert werden.

Ihre Position: Derzeit werden sehr viele Projekte gemeinnütziger Träger (insbesondere in den Feldern demokratischer und politischer Bildung sowie Beratung) über Projekte gefördert, die danach kaum in eine Langzeitförderung überführt werden. Viele gute und bewährte Angebote können so nicht weitergeführt werden und keine nachhaltigen Angebotsstrukturen aufgebaut werden. Dies muss sich ändern. Wir wollen diese Angebote stärken und für Akteur*innen und Träger*innen verlässliche Rahmenbedingungen durch langfristig ausgelegte Förderprogramme und -strukturen schaffen.

3. BZI Forderung: Wir fordern bessere Maßnahmen und nachhaltige Finanzierung für die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements im Flüchtlings- und Migrationsbereich.

Ihre Position: Wir wollen eine stärkere Vernetzung und Kooperation aller Anbietenden von politischer Bildung und damit auch der Möglichkeit zum Engagement. Dabei kommt der Zusammenarbeit zwischen Schulen und außerschulischen Trägerschaften der politischen Jugendbildung eine besondere Bedeutung zu. Zusätzlich wollen wir die Einbindung von Vereinen von (jungen) Menschen mit Migrationsbiografien und Black and People of Color (BPoC) in die bestehende Trägerlandschaft und in langfristige Finanzierungsstrukturen verstärken. Dies gilt für uns ebenso für den Bereich des bürgerschaftlichen Engagements im Flüchtlings- und Migrationsbereich.

Diversitätsorientierte Erneuerung der Verwaltung und des Öffentlichen Dienst

Nur rund 12 % der Beschäftigten in den Bundesbehörden haben laut einer repräsentativen Studie des Bundesinstitutes für Bildungsforschung (BIB, 2020) eine Einwanderungsgeschichte. Die Studie hat die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung in Auftrag gegeben. Der Untersuchung zufolge sind Menschen aus Einwandererfamilien in der Bundesverwaltung nicht nur unterrepräsentiert, sie haben auch nicht dieselben Aufstiegs-Chancen wie ihre Kolleg*innen. Sie werden seltener befördert, sind seltener unbefristet angestellt und/oder arbeiten seltener in Führungspositionen. Jede fünfte Person mit Migrationsgeschichte arbeitet zudem in einer Position, für die sie überqualifiziert ist. Aus der gleichen Untersuchung geht hervor, dass ein aktiver Umgang mit Vielfalt das berufliche Wohlbefinden aller Mitarbeitenden – mit und ohne Einwanderungsgeschichte - steigert.

1. BZI Forderung: Wir fordern die Entwicklung von Standards für eine flächendeckende rassismuskritische und diversitätsorientierte Organisationsentwicklung im öffentlichen Dienst.

Ihre Position: Rassismus und weitere Formen struktureller Diskriminierung schlagen sich auch in Institutionen nieder, seien es Wirtschaftsunternehmen, öffentliche Verwaltung oder besonders schwerwiegend, den Behörden der öffentlichen Sicherheit. Innerhalb von Organisationen ist

daher eine rassismuskritische und diversitätsorientierte Organisationsentwicklung unverzichtbar, um diskriminierende Strukturen in Organisationen abzubauen. Einheitliche Standards für eine solche Organisationsentwicklung insbesondere im öffentlichen Dienst erscheinen daher sehr sinnvoll.

2. BZI Forderung: Wir fordern verbindliche interkulturelle, diversitätsorientierte, rassismuskritische und an universelle Menschenrechte orientierte Fortbildungen für alle Mitarbeiter*innen im öffentlichen Dienst – insbesondere für Leitungs- und Führungskräfte (sowie in Stellen, die durch die öffentliche Hand gefördert werden).

Ihre Position: Wir wollen in Institutionen, Organisationen und öffentlichen Einrichtungen das Bewusstsein für strukturelle Diskriminierung stärken. Dazu sollen Mitarbeiter*innen durch Fortbildungen für strukturelle Diskriminierung und Rassismus fortlaufend sensibilisiert werden.

3. BZI Forderung: Wir fordern gezielte Ansprache und Ausbau von Programmen, die (junge) Migrant*innen für die Ausbildung im öffentlichen Dienst adressieren.

Ihre Position: Wir wollen Diversität und die Repräsentation von Menschen mit Migrationsbiografien stärken und Diskriminierung sowie Zugangsbarrieren bei der Ergreifung von beruflichen Laufbahnen (bspw. im öffentlichen Dienst) abbauen. Gezielte Ansprache und Ausbau von Programmen, um (junge) Migrant*innen für eine Ausbildung im öffentlichen Dienst zu adressieren, halten wir daher für eine wichtige Maßnahme.

4. BZI Forderung: Wir fordern eine diversitätsorientierte Personalpolitik – insbesondere auch in oberen Führungs- und Leitungspositionen – im öffentlichen Dienst und in Stellen, gefördert durch die öffentliche Hand, z. B. verpflichtende Quoten für Menschen mit Migrationshintergrund/ Menschen mit Rassismuserfahrung gemäß Bevölkerungsanteil.

Ihre Position: Volt setzt sich für die Bekämpfung von struktureller Diskriminierung und Rassismus auf allen Ebenen ein. Im Anschluss an eine diversitätsorientierte Organisationsentwicklung in der gesamten Verwaltungsstruktur, halten wir daher auch eine diversitätsorientierte Personalpolitik für essenziell.

Asylpolitik

Als BZI ächten wir Vertreibungen jeglicher Form und gedenken gleichzeitig den fast 80 Millionen Schutzsuchenden, die weltweit auf der Flucht vor wirtschaftlichem Elend, Klimawandel, Diktaturen oder (Bürger-)Krieg sind. Sie nehmen dabei gefährliche Fluchtwege in Kauf, in der Hoffnung auf eine bessere Zukunft für sich und ihre Angehörigen. Die traurige Rekordzahl der Schutzsuchenden weltweit ist ein Weckruf für eine verantwortungsvollere Asyl- und Flüchtlingspolitik – nicht nur auf nationaler, sondern auch auf internationaler Ebene. Die Flüchtlingsaufnahme, -unterbringung und gesundheitliche Versorgung sowie die Integration sind große Herausforderungen, denen wir uns aus humanitärer Verantwortungspflicht nicht

entziehen dürfen. Die CoVid-19-Pandemie hat die Lage um ein Vielfaches verschärft: Die Grenzen wurden geschlossen, die Aufnahme von Asylanträgen und Familienzusammenführungen wurden eingestellt. Viele Geflüchtete sind angesichts ihrer prekären Situation in noch kritischerem Ausmaß dem Virus ausgesetzt. Besorgniserregend ist auch der Anstieg der rassistischen Anschläge auf Geflüchtete und/oder ihren Unterkünften sowie die sinkende Solidarität mit ihnen.

1. BZI Forderung: Strukturen und Handlungen, die dauerhaft und koordiniert die Aufnahme und Neuansiedlung von Menschen gewährleisten, anstatt einzelner Aktionen, in denen lediglich eine Handvoll Menschen aufgenommen werden.

Ihre Position: Es braucht Strukturen und Aufnahmeverfahren, die die Neuansiedlung von Menschen dauerhaft und koordiniert gewährleisten. Dafür braucht es insbesondere im Bereich der Asylpolitik Reformen. Wir wollen eine Reform, die die Asylverfahren beschleunigt und fairer gestaltet. Dazu werden Asylsuchende bei der Registrierung in verschiedene Verfahrensarten eingeteilt. Die Einteilung berücksichtigt bspw. die Bleibeperspektive, die Vulnerabilität der Asylsuchenden sowie die Frage, ob das Dublin-Verfahren greift. Die neue Schutzart des Bürgerkriegsflüchtlings ermöglicht außerdem, dass Menschen, die aus ausgewählten Ländern kommen, ohne spezielle Prüfung ein sofortiger Schutzstatus zuerkannt wird. Dieser Schutzstatus führt zu einem auf drei Jahre befristeten Aufenthaltsrecht. Innerhalb dieser drei Jahre wird das reguläre Asylverfahren durchgeführt, um den endgültigen Schutzstatus festzustellen. Somit wird das Verfahren beschleunigt. Außerdem wollen wir die reaktive Herangehensweise an Asyl, welche in Deutschland maßgeblich ist, in eine proaktive verwandeln. Menschen sollten sich nicht auf eine lebensbedrohliche Flucht begeben müssen, ohne sich überhaupt ihres Asylrechts sicher sein zu können. Wir wollen Resettlementverfahren deutlich stärker nutzen. Als jährlicher Zielwert sollen 20.000 Personen aufgenommen werden, mit dem Fokus auf Familien mit kleinen Kindern.(Wahlprogramm S. 160/161)

2. BZI Forderung: Ein Ende für das Zuständigkeitsgerangel unter den EU-Staaten und eine EU-weite Einigung auf einen gerechten Verteilungsmechanismus in der europäischen Flüchtlingspolitik.

Ihre Position: Wir setzen uns für ein neues, faires und effizientes Asylsystem für die EU ein. Hierfür soll es neben der freiwilligen Aufnahme von Geflüchteten einen Verteilungsschlüssel geben. Dieser sollte sich z. B. an der Bevölkerungszahl, Bevölkerungsdichte, Wohlstand und Alter orientieren, um Geflüchtete auf die verschiedenen Mitgliedstaaten zu verteilen. Um bei den Asylanträgen zu unterstützen, soll das europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) gestärkt (Wahlprogramm S. 21).

3. BZI Forderung: Eine breite Front gegen Populisten, Rassisten und Extremisten.

Ihre Position: Jede extremistische Gewalttat, egal ob politisch, rassistisch oder religiös motiviert, stellt einen Angriff auf unsere freiheitliche demokratische Gesellschaft dar. Extremistische Gruppierungen bedrohen aktiv unser friedliches Zusammenleben, denn nur ein

gewaltloser und gleichberechtigter Meinungs austausch kann als legitim angesehen werden. Wie massiv die Bedrohungslage in Deutschland tatsächlich ist, hat nicht zuletzt die versuchte Erstürmung des Bundestages durch Verschwörungserzählende und Rechtsextremist*innen im letzten Jahr gezeigt. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Extremismus der Nährboden entzogen und Gewalt als Mittel der Auseinandersetzung geächtet wird. Unser Ziel ist eine verantwortungsbewusste Gesellschaft, welche für die Gefahren von Extremismus sensibilisiert ist (Wahlprogramm S. 44/45).

4. BZI Forderung: Ein Abschiebestopp in Kriegsgebiete, insbesondere in Zeiten der Corona-Pandemie, die gerade für Krisen- und Entwicklungsländer eine größere Herausforderung darstellt.

Ihre Position: Volt lehnt Abschiebungen in Kriegsgebiete, wie z.B. Afghanistan oder Syrien, grundsätzlich ab. Gerade nach den neuesten Entwicklungen kann es keine Option sein, Menschen unfreiwillig nach Afghanistan zurück zu bringen. Die Situation in Syrien ist immer noch unübersichtlich und eine Gefahr für Leib und Leben kann nicht ausgeschlossen werden. Solange dies der Fall ist, fordern wir einen Abschiebestopp.

Diskriminierungsschutz und Gleichbehandlung

Für einen wirksamen Diskriminierungsschutz braucht es eine stabile rechtliche Grundlage. Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG), das den Schutz vor Diskriminierung vor allem im Bereich Arbeit sowie Güter und Dienstleistungen regelt, war ein großer Schritt in die richtige Richtung. Dennoch zeigt sich, dass Beschwerdewege unterschiedlich gut funktionieren und es keine einheitliche Professionalität der Beschwerdestellen (im Hinblick auf Expertise und Anspruch) gibt. Hinzu kommt, dass das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) nicht für die Bereiche Bildung und staatliches Handeln gilt (Eltern und Schüler*innen sind z.B. nicht von dem Schutzbereich des AGG erfasst; ebenso gilt das AGG nicht für Menschen, die im Kontakt mit Behörden diskriminiert werden), so dass gravierende Schutzlücken in zentralen Bereichen des täglichen Lebens bestehen. Vor diesem Hintergrund fordern wir, dass in der kommenden Legislaturperiode Maßnahmen zum Schutz von Betroffenen erarbeitet und umgesetzt werden und zwar solche, die eine merkbare Verbesserung der aktuellen Situation versprechen.

1. BZI Forderung: Wir fordern ein Bundesantidiskriminierungsgesetz (BADG) zum rechtlichen Schutz vor Diskriminierung durch staatliche Stellen bzw. staatliches Handeln.

Ihre Position: Uns ist es ein wichtiges Anliegen Diskriminierung auf allen Ebenen zu bekämpfen. Dabei ist insbesondere die Bekämpfung von struktureller und institutioneller Diskriminierung in Behörden und anderen staatlichen Stellen ein zentraler Baustein. Wir unterstützen diverse Maßnahmen, die zum Schutz vor Diskriminierung beitragen. Eine abgestimmte Position für ein Bundesantidiskriminierungsgesetz (BADG) haben wir bisher noch nicht, aber stehen der Idee offen gegenüber und freuen uns über einen Austausch, wie dieses genau gestaltet werden könnte.

2. BZI Forderung: Wir fordern die Weiterentwicklung der bestehenden Beschwerdestellen, hinsichtlich der besseren Stärkung ihrer Kompetenz und Verfahrensregeln sowie regelmäßige und verbindliche Fortbildungen für die ernannten Personen und entsprechende finanzielle Ausstattung für den weiteren Ausbau einer Antidiskriminierungskultur.

Ihre Position: Wir setzen uns für einen Ausbau und eine Stärkung der Antidiskriminierungsstelle des Bundes ein. Diese muss institutionell und operativ unabhängig sein und ihre Kompetenzen müssen erweitert werden. Unterschiedliche Diskriminierungsformen und ihre spezifischen Wirkungsweisen müssen erfasst und es muss jeweils mit spezifischen Maßnahmen reagiert werden. Dazu braucht es für die unterschiedlichen Diskriminierungsformen jeweils Beauftragte, die Expert*innen für die einzelnen Bereiche sind. Insbesondere bei der Polizei gilt dies diskriminierende und rassistische Strukturen zu bekämpfen. Wir wollen unabhängige Beschwerdestellen einrichten sowie eine bundesweite Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamt*innen sicherstellen, um mögliches Fehlverhalten effektiv untersuchen und ahnden zu können. (S. 163, 169f.)

3. BZI Forderung: Wir fordern, dass die Ergebnisse verschiedener Evaluationen zur Ausgestaltung des AGG und die dahin formulierten Verbesserungsbedarfe in der Integrations-, Flüchtlings- und Antidiskriminierungspolitik berücksichtigt werden.

Ihre Position: Die Arbeit der Antidiskriminierungsstelle gründet sich auf das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG). Dieses umfasst Diskriminierungsgründe jedoch nicht differenziert genug. Daher müssen diese erweitert werden, insbesondere hinsichtlich rassistischer Diskriminierung sowie der Diskriminierung aufgrund von Geschlechtsidentität, Sprache und Staatsangehörigkeit. Darüber hinaus muss Diskriminierung in einer intersektionalen Perspektive betrachtet werden. Ergebnisse von Evaluationen und formulierte Verbesserungsbedarfe sollten in der Ausgestaltung des AGG berücksichtigt werden.

4. BZI-Forderung: Wir fordern ein Verbandsklagerecht, damit Verbände für Betroffene klagen können, sowohl in Einzelfällen als auch in Diskriminierungsfällen, die eine strukturelle Dimension durch staatliches Handeln haben.

Ihre Position: Wir unterstützen Maßnahmen, die es für Betroffene erleichtern ihre Rechte durchzusetzen. Die unterschiedlichen Hürden, um überhaupt zu klagen, sollten gesenkt und Bürokratie abgebaut werden. Das Verbandsklagerecht für Antidiskriminierungsverbände oder anderer (Dach-)Verbände ist hier ein wichtiger Schritt, damit von Diskriminierung Betroffene ihr Rechte durchsetzen können.

Arbeitsmarkt

1. BZI Forderung: Wir fordern, dass sichergestellt wird, dass ungeachtet von

Deutschkenntnissen eine Verständigung im Arbeitsvermittlungsprozess und im Leistungsbereich möglich ist.

Ihre Position: Wir setzen uns für Gleichberechtigung auf dem Arbeitsmarkt und auch in der Arbeitsvermittlung ein. Daher gilt es hier Barrieren abzubauen und Zugänge zu erleichtern. Dies gilt insbesondere für Kommunikation. Diese könnte bspw. durch Dolmetscher*innen bzw. Sprach- und Kulturmittler*innen geschehen.

2. BZI Forderung: Viele Migrant*innen sind durch die Pandemie bedingte rein telefonische/schriftliche Kommunikation mit der Agentur für Arbeit, wie auch dem Jobcenter überfordert und damit strukturell benachteiligt. Wir fordern die Einstellung der Praxis, nur schriftlich und telefonisch zu kommunizieren, um einen gleichberechtigten Zugang für alle Klient*innen zu ermöglichen.

Ihre Position: Auch in der Pandemie sollte sichergestellt werden, dass Migrant*innen, die ohnehin schon oftmals Zugangsbarrieren gegenüberstehen, nicht noch stärker strukturell benachteiligt werden. Andererseits muss der Gesundheitsschutz gewährleistet werden. Wir sehen es jedoch kritisch, dass über mehrere Monate hinweg keine persönliche Betreuung vor Ort gegeben werden kann. Im Zweifelsfall müssen hier im Einzelfall andere Regelungen, neben der schriftlichen und telefonischen Kommunikation, andere Kommunikationswege gefunden werden, um einen gleichberechtigten Zugang zu ermöglichen.

3. BZI Forderung: Wir fordern eine diversitätsorientierte Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt (geltend auch für Unternehmen) durch entsprechende Förderrichtlinien (Änderung Anforderungsprofile etc.) und diskriminierungssensibel geschulte Auswahlkommissionen.

Ihre Position: Wir wollen die Zugänge zum und die Chancen auf dem Arbeitsmarkt für alle gerecht gestalten und Diskriminierung abbauen. Maßnahmen, die dies fördern, wie bspw. diskriminierungssensibel geschulte Auswahlkommissionen halten wir für sinnvoll.

4. BZI-Forderung: Wir fordern ein Bekenntnis zum Grundgesetz für Mitarbeitende in Sicherheitsbehörden sowie der Bundeswehr ähnlich dem verpflichtenden Bekenntnis beim Einbürgerungsverfahren. Bei Zuwiderhandlungen fordern wir umgehende Auswirkungen auf berufliche Laufbahn und Dienstbeurteilung.

Ihre Position: Rassismus schlägt sich auch in Institutionen nieder, seien es Wirtschaftsunternehmen, öffentliche Verwaltung oder besonders schwerwiegend – den Behörden der öffentlichen Sicherheit. Aufgabe der Sicherheitsbehörden, wie Polizei, Zoll, Verfassungsschutz oder Feuerwehr, ist der Schutz unserer demokratischen Gesellschaft und die Gewährleistung der Grundrechte aller Menschen. Alle Beamt*innen leisten ein Bekenntnis zum Grundgesetz und zur Bundesrepublik Deutschland, Verstöße gegen dieses sollten auch entsprechend geahndet werden.

5. BZI-Forderung: Wir fordern konkrete Maßnahmen, welche die marginalisierten/ benachteiligten Gruppen wie z. B. Langzeitarbeitslose, Jugendliche ohne Abschluss oder Zugewanderte stärken und ihnen den Zugang in den Arbeitsmarkt erleichtern.

Ihre Position: Gerade auf dem Arbeitsmarkt muss Gleichberechtigung hergestellt und Diskriminierung abgebaut werden. Wir werden uns daher dafür einsetzen entsprechende Maßnahmen einzuführen, die benachteiligte Gruppen stärken und ihnen den Zugang in den Arbeitsmarkt erleichtern.

6. BZI Forderung: Wir fordern konkrete Maßnahmen im Bereich Digitalisierung, die den Arbeitsmarktzugang von marginalisierten/benachteiligten Gruppen wie z. B. (ältere) Langzeitarbeitslose oder Menschen ohne Schul-/ Berufsabschluss erleichtern.

Ihre Position: Deutschland muss insgesamt viel im Bereich der Digitalisierung aufholen. Dabei dürfen benachteiligte Personengruppen nicht vergessen werden oder sich die Benachteiligung sogar noch verstärken. Es muss sichergestellt werden, dass gerade benachteiligte Personengruppen bei der Digitalisierung mitgedacht werden und dies gilt insbesondere auch für den Arbeitsmarktzugang.

7. BZI Forderung: Wir fordern konkrete Fördermaßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsmarktpartizipation von geflüchteten und migrierten Frauen.

Ihre Position: Geflüchtete und migrierte Frauen erfahren auf dem Arbeitsmarkt in mehrfacher Hinsicht Diskriminierung. Daher sind Fördermaßnahmen, die genau auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten sind, sinnvoll und nötig.

8. BZI-Forderung: Wir fordern neutrale Beschwerde- und Ermittlungsstellen, die gegen rassistische und demokratiefeindliche Erfahrungen am Arbeitsplatz vorgehen.

Ihre Position: Um Diskriminierung am Arbeitsplatz entgegenzuwirken und effektive Maßnahmen zu ergreifen, wenn diese stattfindet, sind neutrale Beschwerde- und Ermittlungsstellen sinnvoll. Besonderen Handlungsbedarf sehen wir hier in den Sicherheitsbehörden (bspw. Polizei) und bei staatlichen Organisationen und Behörden.

Kultur und Medien

Kulturelles Wirken wird in der öffentlichen Wahrnehmung immer noch meist als sogenannte „Hochkultur“ gesehen: Musik, Theater, Kunst, die für die gebildeten Schichten angeboten werden. Daneben gibt es seit vielen Jahren den Versuch, Kultur in „bildungsfernere“ Schichten zu tragen. Legt man ein weites Verständnis von Kultur zugrunde, ist dieses allerdings sehr viel mehr und kann das gesellschaftliche Leben wesentlich prägen. Kultur kann eine wesentliche Rolle beim Ankommen in der Gesellschaft und der gesellschaftlichen Teilhabe spielen.

1. BZI Forderung: Wir fordern interkulturell/divers besetzte Programmbeiräte und Entscheidungsgremien.

Ihre Position: Wir haben hierzu noch keine ausgearbeitete Position. Allerdings halten wir es generell für sinnvoll, dass Entscheidungsgremien interkulturell/ divers besetzt sind, damit deutlich mehr Perspektiven und Erfahrungen eingebracht und berücksichtigt werden können. Dies ist insbesondere im Bereich des kulturellen Wirkens wichtig. Daher befürworten wir Maßnahmen, die eine diversere Besetzung unterstützen.

2. BZI Forderung: Wir fordern die Unterstützung der Interkultur als Mittel zur Teilhabe für alle Bevölkerungsgruppen. Dazu gehört ein differenziertes Angebot im Sinne des erweiterten Kulturbegriffs inkl. ausreichender finanzieller Ausstattung.

Ihre Position: Kulturelle Angebote müssen für alle gesellschaftlichen Gruppen gleichermaßen zugänglich sein. Kultur unterhält nicht nur und bereitet Vergnügen, sie bildet, fördert eigene Kreativität, kritisches Denken, regt politische Prozesse an und verstärkt Verständigung und Integration. Kulturförderung muss jederzeit transparent und inklusiv sein. Sie muss berücksichtigen, dass die soziale Absicherung für viele Kulturschaffende eine besondere Herausforderung darstellt. Volt betrachtet das gesamte Spektrum kultureller Aktivitäten als wichtigen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt und möchte inner- und außereuropäische kulturelle Identitäten gleichberechtigt und inklusiv repräsentiert sehen.

3. BZI Forderung: Wir fordern Strukturen, die für neue, junge, interkulturelle/diverse Projekte und MO-Vereine sowohl technische wie auch organisatorische Unterstützung möglich machen: projektunabhängige, institutionelle Zuschüsse, Grundsicherung der Vereine nach dem Modell der Selbsthilfeförderung.

Ihre Position: Uns ist es wichtig interkulturelle/ diverse Projekte und MO-Vereine zu unterstützen, um auch im Bereich Kultur Diskriminierung und Teilhabebarrieren abzubauen.